



Forderungen und Positionen zur Jugendkriminalität - beschlossen auf der Klausurtagung der SPD-Landtagsfraktion in Mannheim Januar 2008

Jugendkriminalität in Baden-Württemberg Position - Statistische Daten - Hintergründe

Die Debatte um Jugendgewalt ist nur dann hilfreich, wenn sie mit den Wahltagen nicht beendet ist. Sie muss die Ursachen für Jugendkriminalität in den Blick nehmen und hieraus Perspektiven einer sozialstaatlichen Verantwortung für das Aufwachsen von jungen Menschen aufzeigen.

Gerade weil sich junge, erwachsene Straftäter oft in einer "Abstumpfungsspirale" befinden, muss frühzeitig eingegriffen werden: Schnell, konsequent, klar, wenn notwendig auch hart. Die vorhandenen strafrechtlichen Möglichkeiten reichen hierfür aus. Das dem Erziehungsgedanken verpflichtete Jugendstrafrecht beinhaltet sogar eine Reihe von sehr belastenden Maßnahmen, die tiefer in die Persönlichkeit eingreifen als das Erwachsenenstrafrecht. Das Jugendstrafrecht ist als ein "Täterstrafrecht" ausgestaltet, im Gegensatz zum Erwachsenenstrafrecht als "Tatstrafrecht". Die differenzierte und im Einzelfall zu treffende Entscheidung über die Anwendbarkeit bei jungen Straftätern zwischen 18 und 21 Jahren ist daher notwendig und richtig.

Die Formel "härtere Strafen gleich höhere Abschreckung gleich weniger Straftaten" ist nachweislich falsch. Der Jugendarrest hat die zweitgrößte Rückfallquote. Reine "Warnschussarreste" haben allenfalls kurzfristige Effekte wenn sich andere Faktoren nicht ändern.

1. Position

- Täter schneller bestrafen durch eine personelle Stärkung von Polizei, Justiz, Strafvollzug und Jugendhilfe sowie durch eine flächendeckende Verbesserung der Kommunikationsstrukturen zwischen den Beteiligten nach dem erfolgreichen Beispiel "Haus des Jugendrechts" in Stuttgart-Bad Cannstatt
- Rückfallquoten jugendlicher Gewalttäter reduzieren durch verbesserte Resozialisierung, pädagogisch begleiteten Strafvollzug, effektivere und intensivere Bewährungshilfe direkt im Anschluss an die Arrest- oder Haftzeit und den Ausbau des Jugendstrafvollzugs in freien Formen, wie z.B. des Projekts Chance
- Prävention stärken durch den Wiedereinstieg des Landes in die Förderung der Schulsozialarbeit mit dem Ziel, jeder Schule mindestens einen Sozialarbeiter zur Verfügung zu stellen und eine gesicherte Finanzierung und Institutionalisierung der zahlreichen kommunalen Präventionsprojekte
- Integration fördern durch bessere Bildungschancen für Jugendliche mit Migrationshintergrund, mehr Betreuungsplätze für Kleinkinder, beitragsfreie Kindergärten, mehr Ganztagschulen und längeren gemeinsamen Lernen
- Werteorientierung geben und soziale Normen vermitteln
- Bestehende Möglichkeiten des Strafrechts nutzen - hierzu gehört auch der Jugendarrest in Form von Freizeitarrest bis zu 4-wöchigem Dauerarrest

2. Statistische Daten

LKA Jahresbericht 2006 zu Jugendkriminalität und Jugendgefährdung in BW:

- im 10-Jahres-Trend ist die Zahl der Tatverdächtigen bei den unter 21-jährigen um insgesamt 11 % gestiegen (ca. 70.000)
- der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger beträgt 25 %, die Tendenz ist sinkend
- häufigste Straftaten sind: Diebstahl (ca. 26.000), Körperverletzung (ca. 15.000), Gewaltkriminalität (ca. 9.000)

3. Hintergründe

a) Unterscheidung zwischen Bagatelldelikten und jugendlichen Intensivtätern

- Bagatelldelikte
 - häufig durch Gelegenheiten ausgelöst und unprofessionell ausgeübt (jugendtypische Verfehlungen im Anpassungs- und Reifeprozess)
 - große Mehrzahl der Jugendlichen kommt nach einer Bewährungsstrafe nicht wieder mit dem Gesetz in Konflikt (Chance auf Bewährung)
- Jugendliche Intensivtäter
 - in BW Betreuung im Initiativprogramm "Jugendliche Intensivtäter" (JUGIT)
 - 2006: 532 Jugendliche, davon 48,7 % nichtdeutsch und 15,3 % Aussiedler
 - 2002: 935 Jugendliche und damit ein Rückgang um 43,1 %
 - Erfolgsquote: ca. 1/3 -> Straffälligkeit meist nur während begrenzter Altersphase
 - "kriminelle Karrieren" als Intensivtäter sind nicht vorhersehbar

b) Ursachen für schwere Kriminalität

- typischerweise soziale und individuelle Defizite und Mängellagen
- problematische Sozialisationserfahrungen, Ausgrenzungsprozesse, Perspektivlosigkeit, schlechte ökonomische Lage
- soziale, familiäre und bildungspolitische Gründe ("Unterschichtenproblem")
- Gewalt in der Erziehung (auch zwischen Partnern) und Kontakt mit delinquenten Freunden
- übermäßiger Konsum gewalttätiger Medieninhalte
- ethnische Besonderheiten wie z.B. mit Gewalt assoziierte Männlichkeitsvorstellungen und Ehrkonzepte

c) Personalabbau durch die Landesregierung

Die Stellenzahl im Polizeivollzugsdienst ist seit vielen Jahren rückläufig. Derzeitige Abbauprogramme führen bis 2010 zu einer weiteren Reduzierung um 800 Stellen. In der Justiz führt die geforderte "Effizienzrendite" zu einem Stellenabbau von 20 %. Die Bewährungshilfe wurde in private Hände übertragen, um Einsparungen zu erzielen.



d) Haus des Jugendrechts in Stuttgart-Bad Cannstatt

Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendgerichtshilfe arbeiten nach einem koordinierten Verfahrensablauf Hand in Hand und optimieren so den Zeitablauf und die Beratung der Täter und ihrer Familien.

e) Projekt Chance

Jugendliche verurteilte Straftäter mit günstiger Resozialisierungsprognose werden durch eine intensive Betreuung in einem familiären Verbund an ein Leben mit einem geregelten Tagesablauf herangeführt, ausgebildet und bei der Arbeitssuche unterstützt.